

Antrag 38/II/2025**KDV Mitte****Der Landesparteitag möge beschließen:****Einführung einer progressiven “Leerstandssteuer”**

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats von Berlin und des Berliner Abgeordnetenhauses fordern, eine gesetzliche Regelung für eine progressive “Leerstandssteuer” zu erarbeiten und umzusetzen, die auf Wohnimmobilien erhoben wird, wenn diese länger leerstehen.

7

8 Ziel ist es, Eigentümer dazu zu bewegen, leerstehenden Wohnraum wieder dem Mietmarkt zuzuführen und so das 10 Wohnungsangebot zu erhöhen.

11

Begründung

13 Trotz großen Platzangebots in Berlin schießen die Mieten in die Höhe, da die Wohnungsnachfrage das Angebot bei weitem übersteigt. Zu diesem Ungleichgewicht 16 trägt vor allem die unzureichende Nutzung verfügbarer Flächen und leerstehender Immobilien bei.

18

19 Neben ungenutzten Grundstücken und Gewerbeimmobilien gibt es in Berlin derzeit mehr als 40.000 leerstehende Wohnungen. Wenn es gelänge, diese Leerstände dem 22 Mietmarkt zuzuführen, würde dies sofort mehr Angebot bereitstellen und das Mietniveau senken.

24

25 Anstatt die Situation allein dem Markt zu überlassen (der 26 das Problem nicht lösen wird, da leer stehende Wohnungen aufgrund steigender Immobilienpreise aus spekulativen Gründen gehalten werden) oder bei der momentanen Regulierung (Zweckentfremdungsverbot) zu belassen, schlagen wir die progressive Leerstandssteuer vor.

31

32 Die progressive Leerstandssteuer setzt Immobilieneigentümer unter finanziellen Druck, ihr Eigentum für den 34 Wohnungsmarkt freizugeben, da sie mit einer immer höheren Steuer belastet werden, wenn sie sich entscheiden, 36 ihr Eigentum dem Wohnungsmarkt vorzuenthalten.

37

38 Rechtlich lässt sich die progressive Leerstandssteuer auf 39 Landesebene als Aufwandsteuer umsetzen (ähnlich wie 40 die Zweitwohnungssteuer). Die Leerstandssteuer ergänzt 41 die bestehende Gesetzgebung in Berlin und kann ein Bau-42 stein für eine bessere Wohnraumnutzbarmachung sein.

Empfehlung der Antragskommission**Annahme (Konsens)**